

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

31.7.1928 (No. 177)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Geseftanteur E. A. Mend. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassembill gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für langfristige Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksrechtswörter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutschland und Frankreich

Einladung an Stresemann

Der französische Votschafter in Berlin hat am Montag im Auswärtigen Amt die formelle Einladung Dr. Stresemanns zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris überbracht. Es ist — wie aus Berlin gemeldet wird — anzunehmen, daß die Einladung nun zunächst Dr. Stresemann zur Entscheidung übermittelte wird. Doch rechnet man in politischen Kreisen damit, daß der Reichsaussenminister der Einladung Folge leisten wird. Dr. Stresemann, der am Montag in Karlsbad mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk eine Unterredung hatte, wird in etwa gut 14 Tagen wieder in Berlin erwartet. Wenn in Berliner Kreisen von einer bevorstehenden Kabinettsitzung die Rede ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß augenblicklich fast alle Mitglieder des Reichskabinetts von Berlin abwesend sind, und daß die außenpolitischen Fragen im Kabinettsrat erst nach der Rückkehr Dr. Stresemanns entscheidend besprochen werden können.

Lloyd George für Räumung des Rheinlandes.

W.B. London, 31. Juli. (Tel.) In einer Rede im Unterhaus am Montag sprach Lloyd George auch auf die Frage der Rheinlandbesetzung zu und sagte: Alle diese Verträge sind schon und gut, aber auf den Locarno-Vertrag ist keine Räumung des Rheinlandes erfolgt. Es ist richtig, daß Locarno Deutschland in den Völkerbund gebracht hat und daß jetzt eine freundlichere Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich herrscht. Ich bin überzeugt, daß die Franzosen Frieden wollen. Trotzdem halten noch immer französische Truppen 10 Jahre nach dem Frieden deutsches Gebiet besetzt. Es war niemals beabsichtigt worden, daß dies der Fall sein sollte. 15 Jahre waren nur als Höchstgrenze bezeichnet, und es war vorgesehen worden, daß im Falle der Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages die Räumung schon vor Ablauf der Frist erfolgen sollte. Ich wüßte nicht, welche Bedingungen des Friedensvertrages verletzt worden wäre. Solange fremde Truppen deutsches Gebiet besetzt halten, ist es zwecklos, solche Pakte zu haben. Lloyd George fügte hinzu, er hoffe, die Regierung werde durch eine erhebliche Verminderung ihrer Militärausgaben anderen Nationen ein Beispiel geben, das wertvoller sein würde, als die Unterzeichnung des Paktes.

Der Zweibrücker Zwischenfall

Über eine Unterredung, die der deutsche Votschafter in Paris, v. Hüsch, am Samstag in Abwesenheit des Außenministers Briand mit dem Generalsekretär im Außenministerium, Bertholet, hatte, war mitgeteilt worden: Die Unterhaltung über den Zweibrücker Flaggenzwischenfall und seine Folgen ergab, daß auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch und der gute Wille besteht, die Angelegenheit im Geiste gegenseitigen Verständnisses zu regeln.

Der Bericht des deutschen Votschafters über diese Unterredung ist nunmehr beim Auswärtigen Amt eingegangen. Die französische Regierung hat, wie das „B. Z.“ erfährt, auf eine lediglich formal-juristische Behandlung in der Frage der Auslieferung verzichtet und sich bereit erklärt, auch die politischen Gesichtspunkte, die deutscherseits vorgebracht werden, zu würdigen. Sie wird dafür Sorge tragen, daß die von deutscher Seite geäußerten politischen Bedenken Berücksichtigung finden. Unrichtig ist, daß Deutschland sein Einverständnis damit erklärt habe, die Verhandlung gegen die vier Deutschen vor einem deutschen Gericht vornehmen zu lassen. Vielmehr ist über eine derartige Lösung überhaupt nicht gesprochen worden. Das Ergebnis der Besprechung läßt sich dahin zusammenfassen, daß auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch besteht, die Angelegenheit im Wege gütlicher Verständigung zu erledigen.

Die „Frankf. Zig.“ bezeichnet eine Meldung, daß die französische Regierung die Militärbehörden des besetzten Gebietes angewiesen habe, das Verlangen nach Auslieferung des Wäders Weß und der Arbeiter Schimmel und Bus zurückzugeben, als unzulässig. Auf eine solche Weise könne eine Spannung nicht aufgehoben werden, bei der, wie im vorliegenden Falle, außer dem tatsächlichen Verhalten auf beiden Seiten Prestigerücksichten in Frage stehen. Nachdem die Affäre, hervorgerufen durch einen Jungenstreik und blinde Militärbürokratie, zur Erledigung in den Bereich der Politik gerückt worden ist, unter deren Perspektive sie ganz natürlich ein Ausmaß verliert, ist bestimmt zu hoffen, daß der deutsche Standpunkt respektiert wird, der voll gewahrt ist, wenn die Auslieferung unterbleibt. Dies lasse auch der Verlauf der bisherigen Besprechungen erwarten.

Ministerpräsident Dr. Held wiedergewählt

Das Plenum des Bayerischen Landtages stimmte am Montag in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 52 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrage des Staatshaushaltsausschusses auf Genehmigung der Verordnung über die Reorganisation der Staatsministerien zu, durch die das Handelsministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt wird und die beiden anderen Ministerien für Landwirtschaft und Soziales in das Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit zusammengelegt werden.

In der anschließenden Wahl des Ministerpräsidenten wurden insgesamt 122 Stimmen abgegeben, wovon auf Ministerpräsident Dr. Held 72 Stimmen entfielen. 46 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Damit ist Dr. Held wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Bestellung der weiteren Kabinettsmitglieder und die Regierungserklärung wurden auf heute, Dienstag nachmittag, vertagt.

Letzte Nachrichten

England und Frankreich gegen die Abrüstung

M. Berlin, 31. Juli. (Priv.-Tel.) Nach der Darstellung des Pariser „Matin“, dessen Informationen im allgemeinen und politisch fast immer zutreffen, stellt sich eine gewisse vom englischen Außenminister im Unterhaus gemachte Mitteilung über englisch-französische Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage geradezu als ein Abkommen gegen die Abrüstung heraus. Abgesehen davon, daß auch keine Stellung zu einer Konferenz eingenommen wird, hat Frankreich den Standpunkt der englischen Admiralität in der Flottenfrage angenommen, der bekanntlich nach den Enthüllungen Lord Robert Cecil viel schärfer war, als der des britischen Kabinetts, das sich ihr fügen mußte. Dieser Standpunkt hat seinerzeit zum Scheitern der großen, von Washington einberufenen Konferenz geführt. Viel wichtiger für Deutschland ist es aber, daß Frankreich geradezu Blanko-vollmacht für die Richtabstimmung bekommen hat, so daß es seine Sabotage mit englischer Unterstützung fortsetzen kann.

Aber die Rede Chamberlains zu außerpolitischen Fragen wird berichtet:

Im englischen Unterhaus sprach Chamberlain über außenpolitische Fragen und berührte dabei zunächst Englands Beziehungen zur neuen Kanting-Regierung. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß China mit England zu einer ebenso freundschaftlichen Regelung kommen werde, wie mit America. England sei bereit, in Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag einzutreten. Zur Abrüstungsfrage erklärte der Außenminister, daß in dieser Frage zwischen England und Frankreich keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehe und daß ein Kompromiß gefunden sei, dem auch die anderen Großmächte zustimmen könnten. Zum Schluß beschäftigte sich Chamberlain mit dem Kellogg-Pakt und wies die Behauptung zurück, daß zwischen der amerikanischen und der englischen Auffassung ein Unterschied bestehe. Über den Begriff der „Selbstverteidigung“ seien sich beide Regierungen einig. Wenn sich die amerikanische Öffentlichkeit hinter den Pakt stelle, dann werde seine Unterzeichnung eine weitere sehr wertvolle Sicherung des Friedens sein.

Die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen

M. Berlin, 31. Juli (Priv.-Tel.) Zu Meldungen, daß Graf Bethlen Berlin besuchen werde wegen Handelsvertragsverhandlungen, erfahren wir, daß davon an amtlicher Stelle nichts bekannt ist, zumal die deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen noch nicht einmal begonnen haben, und daß der angegebene Zeitpunkt Mitte August auch nicht günstig wäre, da man an den Berliner zuständigen Stellen mit den Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und der Genfer Konferenz beschäftigt ist.

Englische Kabinettskrise? — Die Industrie-Aufschwungfrage

W.B. London, 31. Juli (Tel.) Im Unterhaus wird morgen das Arbeiterparlamentarier Alexander den Premierminister fragen, ob die Politik der Regierung in der Frage des Industrieschwungs in der Unterhausrede des Schatzkanzlers Churchill v. 24. oder in der Rede des Innenministers Johnson Hyde vom 28. Juli korrekt zum Ausdruck gebracht worden ist. „Daily Chronicle“ spricht von einer akuten Krise, die gestern am späten Abend im Kabinettsrat eingetreten sei. Die Stellung des Ministers des Innern sei zweifelhaft. Das große Interesse, das gegenwärtig die Öffentlichkeit der Frage des Industrieschwungs widmet, kommt darin zum Ausdruck, daß „Daily Telegraph“ eine Sonderbeilage über diese Frage veröffentlicht. Darin bringen in 60 Aufsätzen führende Politiker und Wirtschaftssachverständige der Konservativen, der Liberalen und der Arbeiterpartei ihre Stellungnahme zu diesem Problem zum Ausdruck.

In London wurde eine Versammlung konservativer Parlamentarier abgehalten, die eine dem Premierminister vorzulegende Entschließung über die Industrieschwungfrage annehmen. Darin wird versprochen, die Politik Baldwin's betr. Reichsvorzugsbehandlung und Industrieschwung, wie es bei den letzten Parlamentswahlen angekündigt wurde, loyal zu unterstützen und es wird erklärt, daß die Industrieschwungfrage das beste Mittel zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit in diesen Industrien einschließlich der Eisen- und Stahlindustrien bilde.

Carl von Weinberg, Dr. rer. pol. h. c. Die Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt a. M. hat dem Generalkonsul Carl von Weinberg einstimmig in Anerkennung seiner Verdienste als führender Kaufmann, der in hervorragender, mehr als 50jähriger Arbeit der deutschen chemischen Industrie ihre Weltgeltung erlängte, die Würde eines Dr. rerum politicarum honoris causa verliehen.

Fortschritt und Armut

Von Dr. Klaus Buschmann, Berlin.

Müssen wir arm sein?

Deutschlands industrielle Produktionsfähigkeit hat in den letzten vier Jahren infolge der unserem Volke eigenen Energie und Arbeitsfreudigkeit, infolge der Auslands-kredite und der durch diese ermöglichten Rohstoffbeschaffung und technischen Vervollkommnung der Betriebe sehr erheblich zugenommen. Wir können heute mehr produzieren als vor dem Kriege, und wenn es gelänge, den erzielbaren Überschuss an Produkten zu angemessenen Preisen auf dem Weltmarkt abzusetzen, würden wir, rein wirtschaftlich gesehen, der uns niederdrückenden Sorgen um eine bessere Zukunft sicher schon bald überhoben sein. Allein, das wird uns aller Voraussicht nach wohl nie gelingen. Die Zeiten, da dem „Made in Germany“ fast unbegrenzt die ganze Welt offenstand, dürften für immer vorbei sein, selbst dann, wenn wir dem Ausland weit mehr spezialisierte Ganzfabrikate anzubieten vermöchten, als es bis jetzt der Fall ist. Und damit erscheint unser Wirtschaftsschicksal besiegelt: Wir werden entweder infolge der zu groß gewordenen Produktionsapparate abbauen und zusammenlegen, also Kapitalverluste und ein wachsendes Meer von Arbeitslosen hinnehmen müssen, oder aber unter der Überproduktion verarmen und schließlich ersticken, falls nicht der Lauf der Dinge eine nicht vorherzusehende günstige Wendung nimmt, oder aber ein Prophet aufsteht, der uns aus der fatalen Zwickmühle mit heiler Haut herausbringt.

Wer ohne Voreingenommenheit die jüngst im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, erschienene Schrift „Warum arm sein?“ liest, könnte versucht sein zu glauben, daß in dem Verfasser Fritz Larnow, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Reichswirtschaftsrats, dieser Prophet tatsächlich schon gekommen ist. Denn Larnow, der über ein nicht geringes, anscheinend autodidaktisch erworbenes Wissen auf volkswirtschaftlichem Gebiet verfügt, und ebenso treffend wie interessant eine Reihe von Fehlerquellen und Unzulänglichkeiten unseres derzeitigen Wirtschaftssystems aufzeigt, bringt eine schon alte und von jeher hart umstritten gewesene Lehre in neuem Gewande, indem er u. a. die folgenden fast verblüffenden Thesen vorträgt: Wenn der Reichtum einer Nation im Umfang der Produktionsfähigkeit begriffen wird, dann sind wir heute schon viel reicher, als aus der durchschnittlichen Lebenshaltung zu schließen ist. Oder, was das selbe ist: Wir leben viel armlager, als es unseren wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Die allgemeine Lebenshaltung wird bedingt nicht durch den vorhandenen Besitz, sondern durch das, was laufend neu erzeugt wird, durch den Umfang der Produktion, und da wir ganz genau wissen, daß die vorhandene Fähigkeit, Güter zu erzeugen, erheblich größer ist als die ausgeübte Produktion, haben wir ein Recht, schon von der heutigen Wirtschaft eine Lebenshaltung zu fordern, die dem Stande der Produktionsfähigkeit entspricht und also erheblich höher sein muß als die gegenwärtige. Keine Bevölkerungsschicht kann diesen Anspruch mit größerem Recht geltend machen als die produktiv tätige, die arbeitende Klasse. Das volkswirtschaftliche und soziale Denken unserer Zeit ist aber eingewöhnt in die Vorstellung, daß wir ein armes Volk geworden sind, und daß eine herabgesetzte Lebensweise auf lange Zeit hinaus unvermeidbares Schicksal sei. Dabei wird ganz übersehen, in wie erstaunlich kurzer Zeit die produktive Wirtschaft ihre Verluste schon wieder mehr als eingeholt hat. Die Produktionskräfte, über die wir jetzt verfügen, und für deren weitere Ausdehnung Grenzen überhaupt nicht zu sehen sind, können jedoch erst wirksam gemacht und weiter entwickelt werden, wenn die Abfallventile durch einen vergrößerten Massenkonsum geöffnet werden. Und zwar müssen wir die Lösung des Problems, d. h. die Überbrückung der Differenz zwischen Produktionsfähigkeit und Verbrauch, in erster Linie bei uns selbst finden. Hier muß der Verbrauch geschaffen werden, der der gewachsenen und weiter wachsenden Produktionsfähigkeit entspricht. Wir sind arm, weil wir nicht verstehen, den verfügbaren Reichtum zu benutzen! Wir dürfen, weil wir uns nicht aufpassen können, so zu leben, wie es unserer Fähigkeit, Lebensbedarf zu erzeugen, entspricht. Mit der angenommenen Entfaltung im Verbrauch

Mit der Beilage: 44. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

verkörpern wir selbst die Quellen unseres Reichtums und lamentieren nichtsdestoweniger über die Armutlichkeit unseres Daseins. Statt vom „Arbeiten und sparen!“ sollte man lieber vom „Egen der Verschwendung“ und vom „Glück der Enthaltbarkeit im Konsum“ reden, denn so paradox das klingen mag: Sparen macht arm und verschwenden macht reich! Das gilt zwar nicht für den einzelnen, um so sicherer aber für die Gesellschaft im ganzen und erklärt sich ganz einfach aus der Tatsache, daß erst der Verbrauch die Reichtumsquellen der Produktion zum Fließen bringen kann. Eine Steigerung des Verbrauchs könnte nur dann zu einer Reichtumsverminderung führen, wenn er dem vorhandenen Besitz entnommen und nicht durch Neuerzeugung ersetzt würde. Die gegenwärtige Lage unserer Wirtschaft rechtfertigt aber den Schluß, daß eine Steigerung des Verbrauchs sich durch Produktionssteigerungen nicht nur kompensieren, sondern leicht überkompensieren läßt.

Die Verbrauchssteigerung ist also als der Schlüssel der Produktionsentfaltung und damit zur Reichtumsvermehrung anzusehen. Dort ist, wie schon gesagt, der Mehrkonsum in dem erforderlichen Ausmaß nicht möglich ohne die Mobilisierung des Massenverbrauchs. In der Erzeugung von Massengütern liegt das Schwergewicht der heutigen Produktionswirtschaft, und erst der Übergang von der Einzelanfertigung zur Serienfabrikation erzeugt das Wunder der unbegrenzten Produktionsentwicklung. Dieser Übergang ist aber nicht nur sozial, sondern mehr noch technisch bedingt, d. h. auch wenn die kapitalistische Wirtschaftsführung keine Produktionsverhältnisse wollte, die sie selbst in Abhängigkeit bringen von der Konsumkraft der breiten Massen, so wäre sie durch die Zwangsläufigkeit der technischen Entwicklung doch dazu gezwungen. Das ist eben die neue Seite der sozialen Massenverhältnisse, daß der Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital die Abhängigkeit des Kapitals vom Arbeiterkonsum an die Seite wächst. Und das Mittel zur Entfesselung des Massenkonsums ist der Arbeitslohn, der unmittelbar die Kaufkraft von zwei Dritteln der Bevölkerung bestimmt. Es handelt sich nicht darum, daß irgendwo aus dem Nichts ein größerer Lohnfonds herbeigezaubert werden soll, sondern nur um eine andere Verteilung des Sozialproduktes zugunsten des Lohnes. Der Lohnanteil unter den Gesehungskosten und in den Warenpreisen muß erhöht werden, und das kann geschehen durch Zusammenpressen der anderen Kostenfaktoren. Wenn das geschieht, werden gleich von zwei Seiten aus produktionssteigernde Wirkungen ausgelöst: einmal durch die steigende Nachfrage der Massenkonsumenten und durch vergrößerte Arbeitsfähigkeit der besser versorgten Arbeiter, zum anderen durch die Verbesserung der betrieblichen Arbeitsmethoden, die erzwungen werden, wenn die Spanne zwischen Lohnanteil und Gesamtkosten unter Druck gesetzt wird. Lohn-erhöhungen und die dadurch bewirkten Verbrauchssteigerungen wirken produktiv und tragen damit in sich selbst die Mittel zu ihrer Befriedigung. Die Meinung, als ob Lohn-erhöhungen dann, wenn sie auf die Preise abgemindert werden, für die Arbeiter überhaupt nichts brächten, ist nicht richtig, denn da der Lohn nur einen Teil des Warenpreises ausmacht, kann der Preis niemals um den Prozentsatz steigen wie der Lohn, wenn nur dessen Erhöhung auf den Preis geschlagen wird.

Nach alledem gelangt Tarnow zu dem Schlussergebnis, daß die Frage, ob wir arm sein müssen, mit einem entschiedenen Nein zu beantworten sei. Angesichts des vorhandenen leeren Raumes zwischen Produktionskapazität und wirklicher Produktion, angesichts der Tatsache, daß auch die Produktionskapazität auf allen wichtigen Gebieten der Gütererzeugung, einschließlich der landwirtschaftlichen, schon nach dem heutigen Stand der arbeitswissenschaftlichen Ergebnisse noch unübersehbar ausgebeutet werden könnte, sei Armut kein ökonomisches Muß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel stehe. — „Wenn man so hört, möchte's leidlich scheinen“.

Die eltsässische Presse zur Anschlussfrage

Die heimatrechtlich eingestellte Presse Elsaß-Lothringens zeigt für die Anschlussfrage den Wiener Sängereifsten große Sympathie. So schreibt z. B. der „Elsässer“: „In der Sprache, Kunst, Literatur und Wissenschaft bildete sich mit Deutschland von jeher eine enge Kulturgemeinschaft, die in der letzten Zeit auch zu einer Rechtsmeinung geworden ist. Was vor dem Kriege unmöglich erschien, ist nach dem Kriege bereits zur Wirklichkeit geworden. Und es liegt in der natürlichen Entwicklung der Dinge, herbeigeführt durch eine kurzfristige Politik der maßgebenden Mächte, daß dieser Anschluß immer weitere Fortschritte macht. Die imposanten Massenverbindungen der letzten Tage beweisen, daß es sich hier nicht um eine politische Sache, wie vielfach dargestellt wird, sondern um eine Bewegung handelt, die das ganze Volk erfasst hat. Und solche Bewegungen lassen sich, wie die Erfahrung lehrt, wohl eindämmen, aber nicht aufhalten!“

Der Ausblick für internationale geistige Zusammenarbeit

Hat Montag abend in Genf nach fünftägigen Beratungen seine 10. Tagung abgeschlossen. Es wurden die Berichterstatter verschiedener Unterausschüsse über Kunst und Literatur, Wissenschaften, wissenschaftliche Bibliothek und Museen, Kunst, Urheberrecht, Universitätsbeziehungen und Völkerbundsunterricht durchberaten und ohne wesentliche Änderungen genehmigt. Das von der italienischen Regierung vorgelegte und vom Völkerbundsrat an den Ausschuss weitergeleitete Statut des Weltlehrerministeriums in Rom, das unter der Kontrolle des Völkerbunds stehen wird, wurde genehmigt. Im Laufe des nächsten Jahres sollen Vertreter sämtlicher nationalen Gruppen für internationale geistige Zusammenarbeit nach Genf einberufen werden, wofür der Ausschuss vor Abschluß seiner Tagung die notwendigen Maßnahmen getroffen hat.

Der polnisch-litauische Konflikt

Deutschlands Haltung
Die Moskauer „Zwetschka“ beschäftigt sich mit der Haltung Deutschlands in dem Konflikt zwischen Polen und Litauen und weist darauf hin, daß das Interesse Deutschlands an der Wahrung der litauischen Unabhängigkeit und die unmittelbare Gefahr einer Friedensstörung im Osten eine Annäherung zwischen der Einstellung Deutschlands und der Sowjetunion in dieser Frage herbeigeführt hat. Die Teilnahme Deutschlands an dem Schritt der Mächte in Kowno bringe jedoch offensichtlich einen Mißklang hinein. Das Blatt wendet sich gegen die Darstellung der Angelegenheit durch ein Berliner Blatt und betont, daß eine derartige Auffassung, als ob Litauen und die Sowjetunion gemeinsame, dem Frieden gefährdende Ansprüche geltend machten, keineswegs den Tatsachen entspreche und lediglich im Interesse derjenigen liege, die eine gewaltsame Lösung des polnisch-litauischen Konfliktes wünschten, was weder in der Absicht der deutschen Presse noch deutscher politischer Kreise liege. Um so eigenartiger berühren, so schließt das Blatt, gerade jetzt von Deutschland unternommene Schritte, die die Vermutung bestätigen können, daß Deutschland bei der Behandlung des polnisch-litauischen Problems im Völkerbund eine antilitauische Stellung einnehmen werde.

Hierzu wird aus Berlin mitgeteilt:
Die Sorgen der „Zwetschka“ über die Haltung Deutschlands im polnisch-litauischen Streit können in Deutschland nur Überraschung erwecken; denn zu verschiedenen Malen hat die deutsche Presse eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß hier von einer Kollektivdemarche in Kowno nichts bekannt sei. Soweit wir unterrichtet sind, hat der deutsche Gesandte in Kowno im Auftrag der Reichsregierung in mehreren Unterhaltungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten Woldebars einen Gedanken- und Sachverhalt über den gegenwärtigen Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen gehabt und mit ihm die Möglichkeiten eines Ausgleiches mit Polen gemäß den Beschlüssen des Völkerbunds vom Dezember 1927 erörtert.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

W. Warschau, 31. Juli. (Tel.) Wie die offiziöse „Epoka“ erfährt, wird die polnische Regierung auf den litauischen Vorschlag eines neuerlichen Zusammentritts der polnisch-litauischen Vollkonferenz grundsätzlich zustimmend erwidern.

W. London, 31. Juli. (Tel.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Diplomatische Kreise sind wieder ernstlich besorgt wegen des polnisch-litauischen Konflikts. Die litauische Regierung versichert — und wird in ihren Behauptungen von Vertretern einiger anderer Mächte unterstützt —, daß polnische Militärkonzentrationen an der Grenze im Gange sind. Warschau bestreitet das; aber ein Teil der polnischen öffentlichen Meinung scheint anzunehmen, daß die Polen auf der nächsten Völkerbundssitzung im September freie Hand gegenüber Litauen erhalten werden. Es ist unklar, daß der Völkerbundrat ein so drastisches Verfahren einstimmig beschließen sollte. Aber zum erstenmal ist man in London über die Rückwirkungen des Vilnaproblems beunruhigt.

Dieselschwindeln mit gefälschten Fahrkarten

Die Fahndungsabteilung der Breslauer Reichsbahndirektion hat gemeinschaftlich mit der Breslauer Kriminalpolizei einen Dieselschwindel aufgedeckt, der seit Jahren mit gefälschten Eisenbahnfahrkarten betrieben wurde. Gegen 10 Beteiligte, die bereits der Tat überführt sind, ist das Strafverfahren eingeleitet worden.

Das Haupt des Unternehmens ist ein Breslauer namens Tschernit, dessen Hauptkomplize ein noch nicht ermittelter Eisenbahnbeamter ist, hat eine regelrechte Organisation zur Vornahme seiner Schwindeln aufgebaut. Der Eisenbahnbeamte verschaffte ihm seit Jahren eine Anzahl benutzter Fahrkarten, die von den Reisenden nach Verlassen des Zuges an der Sperre abgegeben worden waren. Diese ungeliebten Karten frisierte er neu auf und brachte sie in die Ausgabestellen zurück, reklamierte sie dort unter irgendeinem Vorwand und erhielt dann dafür den entsprechenden Geldbetrag. Da es sich um lange Strecken handelte, kamen dabei meist sehr ansehnliche Summen heraus. Zum Verhängnis wurde ihm dieser Tage in Leipzig das dreiste Auftreten einer Vermittlerin. Das erst 23jährige Mädchen hatte am Schalter, als der Beamte das Geld nicht gleich ausgeben wollte, einen Streit provoziert, im Verlaufe dessen von der Polizei ihre Personallisten festgestellt wurden. Inzwischen betam ein Beamter des Fahndungsdienstes, der über die Schwindelfälle orientiert war, die reklamierte Karte in die Hände, identifizierte sie nach Rücksprache mit der Breslauer Fahndungsabteilung als gefälscht und ließ das Mädchen verhaften. Da die Beteiligten sämtlich ihre Aussagen verweigerten, kann man noch nicht den Umfang des Schwindels und den angerichteten Schaden feststellen.

Die Schiebung mit Kriegsanleihe

Gegen den in der Betrugsaffäre mit Kriegsanleihebestimmungen verhafteten früheren Profiteuren des Hugo-Stinnes-Kongerns, v. Waldow, ist die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Wie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergeben haben, ist v. Waldow durch ein Konstrukt internationaler Schwindler und zwar möglicherweise derselben, mit denen Kuhnert Verbindung hatte, dazu veranlaßt worden, in London für 250 000 M. Kriegsanleihe im Werte von 30 Millionen M. zu kaufen. Waldow war zu der Zeit, als er in London die Kriegsanleihe kaufte, nicht in der Lage, eine Viertelmillion aus eigener Tasche dazu zu verwenden. Er mußte also Geld von anderen Personen, gegen die sich die Untersuchung gleichfalls richtet, borgen.

W. Paris, 31. Juli. (Tel.) In der durch die Verhaftung des früheren Sekretärs von Hugo Stinnes jr., v. Waldow, aufgeworbenen Angelegenheit des Kriegsanleihebetrugs war auch ein französischer Deputierter erwähnt worden. Es soll sich um den französischen sozialistischen Abgeordneten Calmon handeln, der bei der letzten Wahl kein Mandat erhalten hat. In Calmons Umgebung beobachtet man, dem „Journal“ zufolge, größtes Stillschweigen, deutet aber an, daß Calmon beobachtete, gegen diejenigen, die ihn beobachteten, einen Prozeß angestrengt.

Die Revisor des Reichsbahngerichts. Der Präsident d. Reichsgerichts hat die beiden Revisoren des Reichsbahngerichts, das sich demnächst mit dem Antrag der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf eine Tarifserhöhung zu befassen haben wird, entsprechend dem Vorschlag der beiden Parteien bestellt. Das Reichsbahngericht wird sich demnach zusammensetzen aus dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Meyer, als Vorsitzenden, dem auf Vorschlag der Reichsregierung ernannten Dr. h. c. Eilberberg, Rdn., und dem auf Vorschlag der Deutschen Reichsbahngesellschaft ernannten Geheimen Regierungsrat, Sanitätsdirektor Dr. W. Frisch, Berlin, als Revisoren.

Rückzahlung der Wohnungsbaudarlehen

Zum Zwecke der Förderung der Wohnungsbautätigkeit sind zahlreichen Gemeinden im Jahre 1926 Darlehen aus Reichsmitteln gewährt worden, und zwar mit der Verpflichtung, sie bis zum 31. März 1929 zurückzahlen. Da diese Rückzahlungsverpflichtung gerade in diesen besonders schweren Jahren von den Gemeinden als äußerst drückend empfunden wird, so hat der Reichshausbauamt eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der um eine weitere Sinausschiebung des Rückzahlungstermins gebeten wird. Der Reichshausbauamt schlägt vor, allgemein die an Gemeinden für Wohnungsbauzwecke gewährten Darlehen auf einige Jahre, mindestens jedoch bis zum 31. März 1930, also um ein Jahr zu verlängern. Begründet wird diese Forderung damit, daß bei Gewährung der Darlehen allgemein die Auffassung geherrscht habe, daß es sich dabei nur um einen Zwischenkredit handle, der später durch Aufnahme langfristiger Anleihen für die Städte ummöglich gemacht. Soweit sich die Verhältnisse übersehen lassen, ist auch in absehbarer Zeit an die Aufnahme kommunaler Inlandsanleihen nicht zu denken. Demgemäß könnten die Städte jene kurzfristigen Kredite nur dann pünktlich abdecken, wenn sie dazu auf die Mittel der Hauszinssteuer, die für die Wohnungsneubautätigkeit bestimmt sind, zurückgreifen würden. Dadurch würde aber die gegenwärtige Wohnungsbautätigkeit gehemmt werden, was gerade in einer Zeit, in der der private Geldmarkt vollkommen versagt und Wohnungen zum überwiegenden Teil nur noch aus öffentlichen Mitteln gebaut werden können, unter allen Umständen vermieden werden sollte.

Zusammenstöße in Amerika

W. B. New Bedford (Massachusetts), 31. Juli. (Tel.) Zwischen streikenden Textilarbeitern und der Polizei, die das Streikpostenheben zu verhindern suchte, erfolgten gestern abend so heftige Zusammenstöße, daß Nationalgarde mit dem Bajonett gegen die Volksmenge in den Straßen um das Polizeigebäude herum vorgehen mußte. Im Laufe des Nachmittags wurden mehr als 250 Personen wegen Streikpostenhebens verhaftet.

Die älteren erwerbslosen Angestellten. Der Arbeitsausschuß der erwerbslosen Angestellten Groß-Berlins hat an die zuständigen Ministerien eine Denkschrift geschickt, in der die Notlage der erwerbslosen älteren Angestellten eingehend geschildert wird. In dieser Denkschrift werden vor allen Dingen drei Forderungen zur Abstellung der dringenden Not erhoben: 1. Schaffung eines Zwangsangelegensgesetzes im Interesse der älteren Angestellten. 2. Einrichtung eines Fonds, aus dem erwerbslosen Angestellten die Mittel zum Aufbau einer Existenz gewährleistet werden. 3. Erlass einer Verordnung, die den erwerbslosen Angestellten die Kräfte für die Höhe der Erwerbslosenversicherung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt.

Kurze Nachrichten

Infrastruktur von Handelsverträgen in Frankreich. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Dekret über die vorläufige Inkraftsetzung des am 20. Juni d. J. in Paris unterzeichneten Protokolls zum deutsch-französischen Handelsvertrag vom 17. August 1927. Gleichzeitig wird das kürzlich abgeschlossene österreichisch-französische Handelsabkommen veröffentlicht und vorläufig in Kraft gesetzt.

Ein Reichsparteitag desentrums findet am 6. und 7. Nov. in Düsseldorf statt.

Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet beabsichtigen die Gewerkschaften die Kündigung des Mehrarbeitabkommens. Die Stettiner Vulkanwerft hat von einer französischen Gesellschaft auf Reparationslasten drei Schiffe von 10 000 und 10 500 Tonnen in Auftrag bekommen.

Kommunisten vor dem italienischen Sondergericht. In Rom tagte wiederum das Sondergericht, bei dem 32 Kommunisten vorgeladen waren. 26 wurden zu Strafen von 15 bis 1 Jahr Kerker verurteilt, 6 wurden freigesprochen.

Angeblische Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland. Bucharin äußerte sich auf dem Kongreß der kommunistischen Internationale darüber, daß die Imperialisten Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion treffen würden.

Das Rücktrittsgesuch des tschechoslowakischen Finanzministers Englich wurde vom Präsidenten der Republik, Masaryk, nicht angenommen.

Eine russische Protestnote an Rumänien. Rußland protestierte telegraphisch bei der rumänischen Regierung gegen die in Galatza begonnene Verfeigerung verschiedener Güter, das früher der russischen Armee gehörte, und die Verfeigerung von 200 Dampfern der ausschließlich aus Kapital des russischen Reiches aufgebauten „Russisch-Donauischen Dampfergesellschaft“.

Der Streik der südbindischen Eisenbahner scheint beendet.

Robi & Wienberger A.-G. für Bijouterie und Kettenfabrikation (Pforzheim). In der Generalversammlung, in der durch acht Aktionäre ein Kapital von 1 055 000 M. vertreten war, wurden die Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt. Es gelangt danach eine Dividende von 5 Proz. zur Auszahlung.

Verschiedenes

Durchreise Nobles durch Innsbruck

W. B. Innsbruck, 31. Juli. (Tel.) Die italienische Nordpol-Expedition hat heute nacht 2 Uhr mit dem fahrplanmäßigen D-Zug Berlin-Rom Innsbruck in zwei Sonderwagen passiert. Der Zug hatte hier nur 8 Minuten Aufenthalt. Am Bahnsteig waren nur das Verkehrspersonal und einige Reisende anwesend. Am Brenner hatten sich 40 Personen eingefunden, die Nobile, der sich am Fenster zeigte, feillich empfingen.

Unwetterfäden

W. B. Warschau, 31. Juli. (Tel.) Vorgestern ging über das Gebiet von Wilna ein großes Gewitter nieder, das in der ganzen Gegend bedeutenden Schaden anrichtete. Eine Reihe von Telefon- und Telegraphenlinien wurde zerstört, der Eisenbahndamm der Strecke Molodetschno-Mileta unterwaschen. Vom Blitz wurden 45 Personen getroffen, von denen 11 getötet wurden.

W. B. Rom, 31. Juli. (Tel.) „Popolo di Roma“ berichtet, daß in Noritalien schwere Unwetter niedergingen. In der Nähe von Treviso wurden in einer Ortschaft fünf Menschen durch das Unwetter verlest. Viele Häuser wurden abgedeckt. Bei Lago Maggiore sollen nach dem Blatt die Dageföner größer als Eier gewesen sein. Die Felder und Obstbestände wurden schwer beschädigt. Auch Menschen seien durch die großen Dageföner getötet worden.

Badischer Teil

Benützung öffentlicher Wasserleitungen

Die zweite Zivilkammer des Landgerichts Freiburg hat über die Benützung öffentlicher Wasserleitungen eine für Gemeinden und Abnehmer wichtige Entscheidung getroffen.

Die Stadtgemeinde Breisach hat einem Abnehmer infolge eines Verstoßes gegen die Wasserbezugsordnung die Wasserleitung gesperrt. Das Amtsgericht Breisach hat daraufhin der Stadtgemeinde Breisach unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 300 M für jeden Tag der Zuwiderhandlung bis zur Entschädigung des Rechtsstreits verboten, den Wasserabnehmer im Bezug des Wassers aus der städtischen Wasserleitung zu beeinträchtigen, insbesondere ihm die Wasserleitung zu sperren. Gegen diese einstweilige Verfügung hat der Gemeinderat Widerspruch erhoben und Aufhebung derselben beantragt, wobei er in erster Linie die Ungültigkeit des Rechtswegs betonte, da es sich nicht um ein Rechtsverhältnis des bürgerlichen Rechts, sondern um einen öffentlich-rechtlichen Anspruch handelt. Durch Urteil vom 9. März 1928 hat aber das Amtsgericht Breisach die einstweilige Verfügung bestätigt und die Stadtgemeinde zur Tragung der Kosten verurteilt. Auf die gegen dieses Urteil von der Stadtgemeinde eingelegte Berufung hat nunmehr die zweite Zivilkammer des Landgerichts Freiburg rechtskräftig entschieden, daß das Urteil des Amtsgerichts Breisach vom 9. März 1928 und die einstweilige Verfügung desselben Gerichts vom 16. Januar 1928 aufgehoben und der Antrag auf einstweilige Verfügung zurückgewiesen werde. Alle Kosten des Rechtsstreits hat der betreffende Wasserbezieher zu tragen. Nach den Gründen des Berufungsgerichts zu seiner Entscheidung wird der von der Stadtgemeinde vertretene Standpunkt, daß es sich um eine öffentlich-rechtliche Sache handelt, für die die bürgerlichen Gerichte nicht zuständig sind, anerkannt.

Vom Heuberg

Mitte Juli waren in dem Erholungsheim auf dem Heuberg 2275 Kinder untergebracht, darunter 1117 Knaben und 1158 Mädchen. Aus Berlin sind etwa 188 Kinder auf dem Heuberg, aus Köln über 100, aus Stuttgart über 200. Die Hausbildungsstätte war besetzt mit 196 Mädchen, während in der Fortbildungsschule sich 129 Mädchen befanden. Insgesamt belief sich die „Belegschaft“ auf dem Heuberg einschließlich der Heilkräften auf 2947 Köpfe.

Die Steiner Schwelle

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Anfälle von Sportfischern auf den Steiner Schwellen nehmen kein Ende. Dem Unglück des Schwimmstafel Vasel-Klein begleitenden Motorbootes vom 21. Juli folgte am 20. Juli abends ein neuerlicher Unfall. Ein Raddelboot durchfuhr mit zwei Insassen aus Freiburg die gefährliche Partie am Rhein (dem 5 bis 8), wobei das Boot von den Wasserwirbeln in die Tiefe gerissen wurde und die Fahrer ins Wasser fielen. Glücklicherweise waren die beiden des Schwimmens kundig und konnten mit Mühe samt dem Kloben treibenden Boot das badische Ufer erreichen. Da diese Strecke in der Regel von heimischen Beobachtern wird, so war auch Hilfe gleich zur Stelle und das Boot wurde aufs Trockene geholt. Die Beobachter (Fischer, Rheinbauarbeiter und Vergewalt) berichten übereinstimmend, daß trotz wiederholter Warnung durch die Presse immer wieder Unerfahrene die gefährlichen Stromschnellen durchfahren und daß es selbst für erfahrene und mit den Verhältnissen des Rheinstromes vertraute Fahrer stets gefährlich ist, den Weg über die Schwellen zu nehmen. Es kann nicht dringend genug gewarnt werden, Kleinschiffe mögen nur hart am badischen Ufer entlang fahren, oder die Boote sollen wenigstens eine Strecke auf dem Damme um den gefährlichen Abschnitt getragen werden. Auch sollten sich die auf dem Rhein fahrenden Sportfischer und im Rhein Badenden merken, daß die Fischereigeräte weder zum Aufhängen der Kleider und Wäsche, noch zum Drauffliegen, Turnen oder als Sprunggeräte zu benutzen sind, andernfalls die Fischer und Berufsfischer ihre noch freundliche Haltung gegenüber den Sportfischern zu ändern gezwungen sind.

Bürgerausschuss Mannheim. In nichtöffentlicher Sitzung des Bürgerausschusses Mannheim vom 27. Juli 1928 wurde die Veräußerung einer Reihe von Grundstücken behandelt und den hierüber gefassten Beschlüssen des Stadtrats zugestimmt. Hiernach werden u. a. für Wohnungsbauzwecke ein Platz veräußert, ferner ein Auplatz für eine katholische Kirche im Stadtteil Rheinau, außerdem wurde zwei Geländeveräußerungen im Wege des Kaufs oder des Kaufs zur Freilegung von Straßengrund und zur Verbesserung von Baugelände zugestimmt und die Überlassung eines größeren Geländes im Erbbaurecht zur Errichtung einer Tennissportanlage im Stadtteil Feudenheim genehmigt.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe

Der Arbeit der Fröhlichkeit dient auch die erste Novität unserer diesjährigen Sommeroperette, „Der Betler aus Dingsda“. Zwar wird eine unendlich primitive Handlung auf drei Akte ausgedehnt und eine magere Verwechslungstomödie gar zu breit von den beiden Librettisten Hermann Goller und Hübner ausgedehnt, dafür hat jedoch Eduard Rüchardt eine sehr nette und reizvolle Musik geschrieben, von der manches in den Ohren nachklingt. In ihrer ganzen Art könnte zudem diese Partitur einiges zur Hebung des deutschen Operntheaters beitragen, wären nur die Finales noch etwas straffer gebaut und die Gelegenheiten zu volter Entfaltung besser ausgenutzt. Man merkt sonst an vielem, daß der Komponist von Opern leichteren Genres herkommt und einem heiteren Singpieltyp zustrebt. Das entwarfnet die Kritik und stimmt sie durchaus wohlwollend gegenüber dieser hochanständigen und geschickt instrumentierten Angelegenheit eines Liedschreibers, der sich auch nicht scheut, einfachen Gefühlen in schlichtem Volksliedton Ausdruck zu geben. Die Aufführung klappte im ganzen vorzüglich, so primitiv einerseits die äußere Ausstattung war und so wenig Klangvoll andererseits auch das dünne Orchesterchen sich mit seiner Aufgabe abfand. Das sind freilich Zustände, die man bei jedem sommerlichen Gastspiel mehr oder minder unangenehm empfindet, bei Direktor J. Dewalds Regie ist indessen die routinierte Hand ebenso anzuerkennen, wie unter Eugen Neffs Taktsinn die rhythmische Präzision. Von den Solisten müssen vor allem Friedel Osera und Elfe Müller genannt werden, in männlichen Hauptrollen auch Johannes Müller und Otto Dewald, die alle ihre gefanglich anspruchsvollen, aber dankbaren Partien wirklich gut durchführten. Von übrigen Ensemble waren mit kleineren komischen Figuren Max Pätzsch und Maria Kalk bedacht, famos wirkte auch das edle Dienerpärchen (Gehringers-Girch) mit. Der Beifall war sehr freundlich, durch oft verlangte Wiederholungen einzelner Längstücke und Gesangsnummern verzögerte sich das Ende um eine halbe Stunde.

Eine Vogelwarte am Bodensee

Mit großem Interesse verfolgt man in wissenschaftlichen Kreisen die Einrichtung der Süddeutschen Vogelwarte auf der Mettau bei Nadelstall am Bodensee. Die Bestrebungen der Vogelwarte zielen einerseits auf einen einheitlichen Zusammenschluß aller Vogelkennner hin, andererseits sollen sie die Vertiefung der Vogelkunde im deutschen Volke dienen. Die planmäßige Erforschung des Vogelzuges soll eine Hauptaufgabe dieser Beobachtungsstelle bilden. Die Voraussetzung besteht in einer sorgfältigen Besetzung der neuen Beobachtungsstation, die in vorbildlicher Weise auf der Mettau eingerichtet wird. Im Zusammenhang mit der Vogelzugforschung stehen Probleme der Wettervorhersage usw. Weitere Gebiete sind der Vogelschutz und die Naturschutzbewegung, die dank der Unterstützung der badischen Regierung in Süddeutschland eine große Förderung durch die Anlage von Naturschutzparks usw. erfahren. Die wissenschaftliche Sammlung der süddeutschen Vogelwarte umfaßt bereits 6000 Vögel und 4000 Eier.

Aus den Parteien

In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Heidelberg der Deutschen Nationalen Volkspartei wurde als Spitzenkandidat für die kommenden Landtagswahlen im Herbst 1929 das jetzige Mitglied Dr. Schmittbener einstimmig aufgestellt.

Gemeinde-Rundschau

Zum Rücktritt des Heidelberg Oberbürgermeisters
Am morgigen Mittwoch wird Oberbürgermeister Dr. Walz in Heidelberg nach 42jähriger erfolgreicher Tätigkeit zum Wohle unserer Stadt aus dem Dienste scheiden.
Ernst Walz wurde 1889 als Sohn des verstorbenen Universitätsprofessors Dr. G. F. Walz in Heidelberg geboren. 1886 wurde er vom Staatsdienste beurlaubt zwecks Übernahme des Postens eines II. Bürgermeisters seiner Vaterstadt, Heidelberg, welche damals rund 27 000 Einwohner und feierte gerade das 500jährige Jubiläum. Noch im gleichen Jahre wurde Walz zum 1. Bürgermeister gewählt, welche Stellung er nach dreimaliger Wiederwahl bis zum 30. Dezember 1918 inne hatte, an welchem Tage seine Wahl als Nachfolger des Oberbürgermeisters Dr. Wildens stattfand. In diesem Amte wurde er 1922 für 9 weitere Jahre bestätigt. Neben seiner praktischen Arbeit als Kommunalbeamter stellte Dr. Walz seine reichen juristischen Kenntnisse auch in den Dienst der Wissenschaft. Er wirkte in den Jahren 1900—1908 als Privatdozent, als außerordentlicher und ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Heidelberg und betätigte sich dabei auch durch die Abfassung wertvoller literarischer Werke, so über Badisches Ortsstraßenrecht, über Badisches Staats- und Gemeindericht, Dr. Walz, der nunmehr in den Ruhestand tritt, wird weiterhin in Heidelberg bleiben.

Bürgermeisterwahlen

Baieral (Wiesloch). Gewählt wurde Landwirt Gostwin Laier mit 469 Stimmen. **Altbürgermeister** Gost erhielt 219 Stimmen. **Schatthausen:** Die Bürgermeistereiwahl fiel mit 235 Stimmen auf den Landwirt Wilhelm Gomer. **Altbürgermeister** Wilhelm Koch erhielt 159 Stimmen. **Rauenberg:** Trotz der Kandidatengahl von 188 ist es bei der gestrigen Wahl schon zu einer Entscheidung gekommen. Von 1014 Wahlberechtigten haben 844 abgestimmt. Gewählt wurde der feierliche Ratsschreiber Robert Menges mit 480 Stimmen, während sein aussichtsreicher Gegenkandidat Philipp Mähler nur 320 Stimmen auf sich vereinigen. Der erste Wahlgang in Malschberg ist resultatlos verlaufen. **Siedingen (M. Bretten):** Hier ist die Bürgermeistereiwahl ohne Ergebnis geblieben. **Burbach:** Der feierliche Bürgermeister Josef Kunz wurde auf neun weitere Jahre einstimmig wiedergewählt. Von 800 Stimmberechtigten haben 250 abgestimmt. **Unterlauchingen:** Der staatliche Fischereiaufscher Wilhelm Julekauer erhielt von 655 abgegebenen Stimmen 280 und ist damit zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister Jakob Fischer konnte 270 Stimmen auf sich vereinigen. **Altmundswald:** Der feierliche Bürgermeister Kopper wurde einstimmig wiedergewählt. **Donauwörth:** 72 Gemeinderäte und Gemeindevorordnete waren wahlberechtigt. Davon stimmten 71 ab. Ein Mitglied war enturlaubt. Auf den bisherigen Bürgermeister Fischer entfielen 69 Stimmen. Drei Stimmen waren ungültig. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Der Bürgerausschuss Rab Peterstal beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit dem Haushaltsplan für 1928/29. Den Ausgaben von 198 663 M stehen Einnahmen von nur 161 496 Reichsmark gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von 37 167 M zu bedeuten ist. Es wurde vorgeschlagen, eine Umlage von 90 Pf von Grundvermögen, 88 Pf von Betriebsvermögen und 6,75 Reichsmark vom Gewerbebeitrag zu erheben. Nach zweifündiger Beratung wurde der Haushaltsplan mit 30 gegen eine Stimme angenommen.

Das Teilspiel auf der Naturbühne Stigheim. Erfreulicherweise hat trotz der Glutitze der letzten Wochen der Besuch des Teilspiels von Sonntag zu Sonntag zugenommen, obwohl es jetzt in Stadt und Land Mode geworden ist, seinen Sonntag im Strandbad am Rhein oder im Sonnenbad zu verbringen. Dadurch war der Spielbesuch in Stigheim etwas aus der Mode gekommen. Bei seiner sonst nicht ungünstigen Lage hat aber Stigheim für diesen Ausfall an Einheimischen einen guten Ausgleich in dem starken Fremdenzufluß gefunden. Nicht zum eigenen Nachteil erkennt auch die Kurverwaltung der nahen Bäderstadt Baden-Baden die Bedeutung des Volksschauspiels Stigheim mehr und mehr und ist darauf bedacht, mit diesem Spiel ihren Kurgästen etwas Besonderes zu bieten. Waren es doch am letzten Sonntag etwa 20 vollbesetzte Autos, die neben dem Jugerkehr einen starken Zufluß von Ausländern dem Spiel von Baden-Baden aus zuführten. Mancher davon verstand kaum ein deutsches Wort und doch ging nicht ein einziger ohne offenkundige Begeisterung und Anerkennung vom Spielplatz weg. Wenn man in manchen Kreisen die begeisterten Urteile dieser meist weitgereisten und oft recht hochgestellten Ausländer über das schöne Spiel hören konnte, würde man ihm vielleicht da und dort doch etwas mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil werden lassen. Mehr Interesse könnten vor allem die Schulen an dem schönen Spiel nehmen. Auf vielfache Anregung hin hat sich die Spielleitung erboten, einige Vertikalspieltage an Samstag Nachmittagen einzulegen, die besonders Schulen dienen sollten. Die gemachten Erfahrungen sind freilich nicht weniger wie ermutigend. Aus diesem Grunde fällt der für Samstag, 4. Aug., vorgesehene Spieltag aus, zumal außer den Sonntagspieltagen auf den Vertikalspieltage und auf Maria Himmelfahrt (15. August) Spieltage anberaumt sind. Der letztbestimmte Vertikalspieltage auf Samstag, den 1. September, bleibt vorerst noch aufrecht erhalten, obwohl er wegen der Ferienzeit für städtische Schulen nicht in Frage kommt. Vielleicht findet er bei Landschulen jetzt um so größeren Anklang.

Dauerfliegärten in Karlsruhe. Der Stadtrat Karlsruhe stimmt einem Projekt über die Errichtung einer Dauerfliegärtenkolonie südlich vom Müppurrer Schloß zu. Die Anlage wird 85 einheitlich ausgestattete Gärten von je 300 qm Flächeninhalt umfassen und einen Aufwand von 43 800 M verursachen, der aus Grundstücken bestritten werden soll. Die Zustimmung des Bürgerausschusses zu dem Projekt bleibt vorbehalten.

Der Wohnungsverband Fahr-Land hat in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1928 insgesamt 565 900 M für Baudarlehen ausgegeben. Davon entfallen auf das Rechnungsjahr 1924: 36 000 M, 1925: 101 100 M, 1926: 144 900 M und auf das Rechnungsjahr 1927: 284 000 M. Mit diesen Mitteln konnte während dieser vier Jahre die Errichtung von 386 neuen Wohnungen gefördert werden. Es wurden im Landbezirk Fahr 8 Einzimmerwohnungen, 94 Zweizimmerwohnungen, 146 Dreizimmerwohnungen, 62 Vierzimmerwohnungen, 26 Fünzimmerwohnungen und eine Sechszimmerwohnung zur Verringerung der immer noch großen Wohnungsnot erstellt, wozu der Verband ein Darlehen bis 2500 Reichsmark für eine Wohnung gab. Die oben für die einzelnen Rechnungsjahre gegebenen Zahlen lassen erkennen, wie sehr sich die Tätigkeit des Verbandes von Jahr zu Jahr gesteigert hat. Bei der großen Anzahl der eingehenden Gesuche um Baudarlehen reichten die dem Verband zustehenden Gebäudefondbesondere Anteile (insgesamt 233 700 M) nicht aus, so daß aus den Gebäudefondbesondere Anteilen des Landes größere Anleihen aufgenommen werden mußten. Im neuen Rechnungsjahr konnte der Verband schon den Bau von 45 neuen Wohnungen mit einem Aufwand von 86 000 M fördern. Die weiter vorliegenden zahlreichen Gesuche, ebenso wie die noch neu eingehenden Anträge werden voraussichtlich alle in diesem Jahre befriedigt werden können, da der Verband durch neue günstige Anleihen den Kapitalbedarf rechtzeitig gedeckt hat.

Eine Umschaltanlage des Badenwerks in Offenburg. Der Stadtrat Offenburg legt dem Bürgerausschuß eine Vorlage zum Verkauf von Gelände an das Badenwerk vor. Das Badenwerk beabsichtigt in Offenburg eine Umschaltanlage zu errichten, von der aus durch die Hochspannungsleitung Scheibhardt das Oberland, insbesondere Freiburg versorgt werden soll, und auch Mittelbaden, da das Elektrizitätswerk Mittelbaden nicht mehr allen Anforderungen an Strombedarf nachkommen kann. Das Badenwerk wird dann künftig in der Lage sein, das Elektrizitätswerk Mittelbaden sowohl von Norden (Murgwerk) wie auch von Süden (Oberthiesche Kraftwerke) über die Offenburger Umschaltstation mit Strom zu versorgen. Das Gelände, das benötigt wird, ist 10 700 Quadratmeter groß und soll zu 1,50 M pro Quadratmeter abzugeben werden.

Aus der Landeshauptstadt

Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr? Vom Verwaltungsrat der Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe wird ein Beschluß mitgeteilt, wonach die Auflösung der Freiwilligen Feuerwehrkorps in Erwägung gezogen werden soll. Veranlassung sind Meinungsverschiedenheiten, die anlässlich des Großfeuers bei Geschw. Knopf zwischen Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr entstanden sind. Festgestellt wurde bei diesem Brand ein mangelhaftes Hand-in-Hand-Arbeiten. Der städtische Respektant für das Feuerlöschwesen, Bürgermeister Schneider, hat eine Reform angekündigt, die u. a. dahin geht, in Zukunft einen Teil der Freiwilligen Feuerwehr als 1. Aufgebot direkt der Berufsfeuerwehr zu unterstellen. Hierzu erklärt der Verwaltungsrat der Freiwilligen Feuerwehr, es scheine, daß die angekündigten Reformen schon von langer Hand vorbereitet worden seien, und daß der Brand bei Geschw. Knopf lediglich als Anlaß benutzt wurde, die Vorschläge des Leiters der Berufsfeuerwehr in die Tat umzusetzen. Man glaube also, auf diesem Wege das Ziel, einen Teil der Freiwilligen Feuerwehr der Berufsfeuerwehr zu unterstellen, und den anderen Teil auszufächeln, ohne Widerstand zu erreichen. Zu den drei Punkten, welche besonderen Anlaß zur Bemängelung der Löscharbeiten gegeben haben sollen, nämlich ein viel zu hartes Aufgebot der Feuerwehren, das Eingreifen überreicher Zivilpersonen und das Fehlen einer einheitlichen Leitung, wurde in der Verwaltungsratsitzung festgestellt, daß das Aufgebot von 6 Kompagnien und der Wehr in Mühlburg nicht auf Veranlassung der Freiwilligen Feuerwehr, sondern auf Veranlassung anderer Behörden erfolgte. Wegen des Eingreifens überreicher Zivilpersonen wurde darauf hingewiesen, daß das Zurückhalten der Zivilpersonen nicht Aufgabe der Feuerwehr, sondern der Polizei sei. Was das Fehlen einer einheitlichen Leitung anbetreffe, müsse gesagt werden, daß auch hierfür die Freiwilligen Feuerwehr nicht verantwortlich gemacht werden könne. Da Branddirektor Heuser während des Brandes zufällig auswärts zur Erholung weilte, habe der Leiter der Berufsfeuerwehr das Kommando an sich genommen. Er hätte also Gelegenheit gehabt, seine Fähigkeiten zu beweisen. Die Freiwilligen Feuerwehr habe in vollem Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Eine Reform oder Umbildung hätte nicht in dieser diktatorischen Art, sondern durch gegenseitige Aussprache und gemeinsame Beratung geschehen müssen. Man wolle die Freiwilligen Feuerwehr offenbar nur solange benutzen, bis die Berufsfeuerwehr stark genug sei, um auf sie verzichten zu können. Eine solche Reform des Feuerlöschwesens könne von der Freiwilligen Feuerwehr nicht mitgemacht werden. Der Verwaltungsrat habe daher einstimmig beschlossen, der sofort einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, das Freiwilligen Feuerwehrkorps aufzulösen. Morgen, Mittwoch, soll über den Antrag des Verwaltungsrats, das Korps aufzulösen, abgestimmt werden. Da auch Bürgermeister Schneider auf dem Standpunkt steht, daß die Organisation der Karlsruher Freiwilligen Feuerwehr unentbehrlich im Feuerlöschwesen der Stadt Karlsruhe ist, müßte ein Weg zur Auflösung der Gegenstände gefunden werden.

Schugerrüste aufstellen! Am vergangenen Freitag erlitt ein Dachbeder in der Gotesauerferne dadurch einen Unfall, daß er mit seiner Leiter vom Dach abrutschte und in den Hof stürzte. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn der Unternehmer für die Erstellung der für betriebl. Arbeiten vorgeschriebenen Schugerrüste gesorgt hätte. Infolge Unachtsamkeit der Bauarbeiterführer ist der Dachbeder schwer zu Schaden gekommen. Möge dieser Fall ein Warnung sein für Unternehmer und Arbeiter, nicht ohne die vorgeschriebenen Schugerrüste ihre Arbeiten auszuführen.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Rückseite der großen Nordmeerzählung 12 neuerdings Kalkluft bis zum Armeikanal vorgestoßen und wird bei ihrem weiteren Vorbringen das flache Festlandhoch voraussichtlich verstärken. Nach vorübergehender Bewölkungszunahme mit Niederschlägen, die stellenweise auch von Gewittern begleitet sein werden, steht daher später wieder Aufklärung bevor. — Wettervorhersage für Mittwoch: Zunächst wolfig, strichweise Niederschläge, stellenweise in Gewitterbegleitung. Fühler.

Die Karlsruher Burschenschaft Teutonia begeht in diesen Tagen die Feier ihres 85jährigen Bestehens. Als Allgemeine Deutsche Burschenschaft am 10. Oktober 1843 von einigen freiwillig geminteten Studierenden ins Leben gerufen, zählte die Teutonia mit ihren 70 Mitgliedern fast ein Viertel der damaligen Studierendenschaft. Das Jahr 1848 führte manchen der jungen Schwärmer für ein gemeinsames deutsches Vaterland auf die Partraden im badiſchen Aufstand und trieb ſie alsdann aus der deutschen Heimat in die Verbannung. Die Teutonia verfiel der Auſlöſung. Doch kam es 1857 zur zweiten Gründung der Teutonia, die amtlich erſt 1860 als Burschenschaft anerkannt wurde. Zwei Jahre ſpäter wieder geſtattete man ihr erſt das öffentliche Tragen der burschenschaftlichen Farben Schwarz-Rot-Gold. Durch das Aufleben der freiheitlichen Burschenschaft entſtand zwiſchen dieſem und den Corps eine Spannung, die ſich in der ſogenannten „Sehriedſchlacht“ im Februar 1863 in der Kreuzung der Baldhorn- und Jägerſtraße und den Seitengäßchen entlud. Von 1868 ab war die Teutonia Mitglied des Norddeutſchen Kartells, das großdeuſch war und ſich als Bund deutſch-demokratiſcher Burschenschaften bezeichnete. Wie 1863 mit den Corps, ſo kam es 1873 mit den Landsmannſchaften zum ſogenannten „Tiergartenſtraße“. Dieſesmal hatte die Teutonia die „größere“ Schuld und wurde aufgelöſt, wie zehn Jahre vorher die drei Corps. Die Landsmannſchaften der Schweizer, Balten und Rheinländer verſchwanden der Reihe nach und an ihre Stelle traten Mitte der ſiebziger Jahre die Burschenschaften Germania und Arminia. Juvor war der Zuſammenſchluß mit der alten 43er Teutonia durch Aufnahme der noch lebenden alten Burschenschafter aus der Zeit von 1843 bis 1854 in die beſtehende Teutonia erfolgt. Unter mannigfachen Kämpfen innerhalb der burschenschaftlichen Gruppe führte die Teutonia langſam und beharrlich die techniſche Burschenschaft zur Einigung. Der Zuſammenſchluß der Techniſchen Burschenschaften im Niederrhein-D.-G. 1889 ſtand unter Leitung der Teutonia. Die Erweiterung des Verbandes auf maturaer Grundlage im Rüdſcheimer D. G. 1900 geſchah wiederum unter Führung der Teutonia und an der nach dem Weltkrieg erfolgten, durch dieſen geförderten, Verſchmelzung der geſamten Deutſchen Burschenschaft iſt die Teutonia in führender Stelle beteiligt. Nachdem ſie im Laufe dieſes Jahres ihr altes Haus, das ſeit 30 Jahren an der Kaiſerſtraße den Bürgern als Teutonenhaus wohlbekannte Eigenheim verlaſſen, wird das Feſt durch die Weihe des neuen größeren und prächtigeren Hauſes in der Jägerſtraße, das ſeinerzeit der beſtante Kunſtmaler Profeſſor Schönleber ſich erbaut, eine erhöhte Bedeutung erlangen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Baden-Baden, 30. Juli. Geſtern vormittag wurde von einem Bahnwärter der Strecke Baden-Baden-Weſt ein Schienenbruch feſtgeſtellt. Der 10.06 Uhr in Baden-Baden abfahrende Perſonenzug 789 wurde von dem Wärter vor der Bruchſtelle vorſchriftsmäßig geſtellt und nach Verſtändigung des Bahnhofs Baden-Baden dorthin zurückgeleitet. Bis zur Wiederherſtellung des Geleiſes, die nach 12 Uhr beendet war, wurde der einleiſige Betrieb durchgeführt. Sachſchaden iſt nicht entſtanden.

Baden, 31. Juli. Es fällt auf, daß der Preis für den Zeinzer Grünkern, gute Ware, binnen 8 Tagen um 6 bis 8 Reichsmark zurückgegangen iſt. Es werden jetzt etwa 28 Reichsmark geboten.

Schönmünzach, 30. Juli. Kam war das Feuer der beiden Brände vom Freitag und Samstag eingebremst, als die Feuerwehre am Sonntag früh gegen zwei Uhr an eine neue Brandſtelle gerufen wurde. Die alte Sägmühle, gegenüber der Poſt, ſtand in hellen Flammen. Die Bewohner des Hauſes konnten mit ihren drei Kindern nur das nackte Leben retten. Man vermutet nun allgemein Brandſtiftung; es wurden auch einige Verhaftungen vorgenommen, doch ließ ſich biſher kaum etwas nachweiſen.

Baden, 30. Juli. Im Gedenken an den Ausbruch des Weltkrieges vor 14 Jahren beſtand die Deutſche Friedensgeſellſchaft am Sonntag vormittag eine öffentliche Kundgebung im Friedrichspark. Nach Begrüßung durch den Oberbürgermeiſter Dr. Geimerich ſprach Prof. Jenner aus Weß über die deutſch-franzöſiſchen Beziehungen. Prof. Quibbe bezeichnete die Rheinlandräumung als eine Frage des Vertrauens. Er wünſcht, daß ſie alſobald in die Wege geleitet wird, warnt aber davor, damit den Gedanken eines Officinos zu verbinden. Eine Entſcheidung, die ſich für die friedliche Verſtändigung ausſpricht, beſchloß die Veranſtaltung.

Baden, 30. Juli. Lehten Samstag nachmittags wurde die neue Kraftpoſtklinie Baden-Baden-Gaggenau in feierlicher Weiſe ihrer Beſtimmung übergeben. Auf Einladung der Stadtgemeinde Gaggenau verſammelten ſich zahlreiche Fahrgäſte im Saale „Zum grünen Hof“. In Anſprache des Bürgermeiſters Schneider und des Abteilungsleiters Kammerer von der Oberpoſtdirektion Karlsruhe wurde das Ereignis gebührend gewürdigt. Um 4 Uhr begann die Fahrt in den Autos nach Ottenau und Selbach. Beide Orte waren feierlich beſetzt. Von Selbach nahm die Fahrt ihren Fortgang den Berg hinauf. Es bot ſich ein prächtiger Ausblick auf das Mürgtal. Auch in Gerſteinsburg wurden die Gäſte freudig empfangen. Es war bereits dunkel geworden, als man durch den Wald den ſteilen Berg hinunter in Baden-Baden anlangte, wo im Aurelia-Saale die Bewirtung durch die Stadt Baden erfolgte.

Baden, 28. Juli. Die Staatsanwaltschaft Waldſhut hat nunmehr das Ermittlungsverfahren bezüglich des als Leiche aufgefundenen Arbeiters Franz Ruſſe aus Mannheim eingeleitet. Ruſſe war beſtauntlich auf dem Kapuzinerkranz tot aufgefunden worden und die Umſtände deuteten auf Mord hin, was ſich jedoch bald als unrichtig herausſtellte. Als Grund der unglücklichen Tat werden verſchiedene Verſionen angegeben. Es kann auch möglich ſein, daß Ruſſe einen Mord vorzuziehen wollte, nachdem er einmal beſchloſſen hatte, ſeinem Leben ein Ende zu machen, um ſeiner Braut die Verſicherungssumme von 5000 RM zuzuwenden.

Baden, 30. Juli. Regierungsrat Sahner, der Vorſteher des hieſigen Hauptzollamts iſt auf 1. August zum Landesfinanzamt Unterelbe nach Hamburg berufen worden. Aus Anlaß ſeines Scheidens veranſtalteten die Beamten des Hauptzollamts eine Abſchiedsfeier. Zum Andenken an die in Vörrach verbrachte Dienſtzeit wurde ihm ein Gemälde, das das Dienſtgebäude Vörrach darſtellt, überreicht. An der Feier nahmen auch zahlreiche Beamte des benachbarten Hauptzollamts Waſel teil.

Handel und Wirtschaft Berliner Tevillenotierungen

	31. Juli		30. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amſterdam 100 G.	168.21	168.55	168.27	168.61
Kopenhagen 100 Kr.	111.76	111.98	111.87	112.00
Italien . . . 100 L.	21.895	21.935	21.895	21.935
London . . . 1 Pf.	20.32	20.36	20.327	26.367
New York . . 1 D.	4.1845	4.1925	4.1845	4.1925
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.37	16.42
Schwiz . . . 100 Fr.	80.565	80.725	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	59.06	59.18	59.004	59.19
Brag . . . 100 Kr.	12.404	12.419	12.424	12.422

Die Obligationen des Badenwerks. Nach einer Amſterdamer Meldung wurden dort die 6prozentigen Obligationen des Badenwerks zur Notierung zugelassen. Die erſte Notierung ſtelle ſich auf 92.

Die bayeriſche Ernte. Nach einer Mitteilung der Bayeriſchen Landesbauernkammer läßt die bayeriſche Getreideernte hinsichtlich Güte und Menge bei den verſchiedenen Fruchtgattungen Günstiges erhoffen. Wintergerſte und ein großer Teil von Roggen ſind in Bayern bereits unter Dach, in ganz vorzüglicher Güte. Auch die übrigen Getreidearten, wie Weizen und Sommergerſte, ſind in der Reife und Ernte durch das ſehr ſchöne Erntewetter begünstigt worden. Es wird die Erwartung ausgeſprochen, daß die bayeriſche Branndindustrie bei der Eindeckung ihres Bedarfs vorzugsweiſe dieſe Werke aufnimmt, mit der die einheimiſche Branndindustrie das erwartete gute Rohprodukt für ihre Viererzeugung haben dürfte.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Verſetzungen, Zurufeſetzungen uſw. der planmäßigen Beamten

Ministerium der Finanzen
Ernannt:
Finanzaffiſtentin Auguſte Beller bei der Landeshauptkaiſe, hier zur Finanzſekretärin.
Übertragen:
dem Oberforſttrat Ewald Hartweg in Bounsdorf das ſtaatl. Forſtamt Baden.

Waſſer- und Straßenbaudirektion
Ernannt:
zum Kartographen der Oberzechner Christian Münch; zu Topographen: die Vermeffungsinspektoren Guſtav Daner und Alfred Jiegler, ſämtliche bei der Waſſer- und Straßenbaudirektion;
zu Vermeffungsinspektoren: die Vermeffungsobſektäre Anton Kömmler in Karlsruhe und Ewald Müller in Radolfzell;
zu Straßenoberbaumeiſtern: die Straßenbaumeiſter Heinrich Maſer in Sinsheim, Karl Grob in Stockach, Karl Merkle in Karlsruhe und Georg Quintel in Offenburg;
zu Vermeffungsſektären: die Vermeffungsſektäre Jakob Freudenberger in Lanberbiſchofsheim, Joſef Mos in Überlingen, Joſef Krämer in Karlsruhe und Otto Schlempp in Vörrach;
zu Straßenbaumeiſtern: die Bauſektäre Artur Eismenger, Ferd. Joos und Karl Koch bei der Waſſer- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe, der Straßenbaumeiſter-anzwärter Artur Klemm in Waldſhut;
zum Werkmeiſter: der Oberwerkführer Hermann Stecher bei der Waſſer- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe;
zu Verwaltungsſektären: die Verwaltungsaffiſtenten Andreas Göhrig in Waldſhut und Anton Studt in Karlsruhe.

Planmäßig angeſtellt:
der techniſche Oberſektär Otto Staerker bei der Waſſer- und Straßenbaudirektion Karlsruhe.
Verſetzt:
der Straßenbaumeiſter Julius Anſel bei der Waſſer- und Straßenbaudirektion zum Waſſer- und Straßenbauamt Karlsruhe.
Zurufeſetzt auf Anſuchen wegen leidender Geſundheit:
der Brückenwärter Wilhelm Müller in Pflittersdorf und der Straßenwärter Franz Schmid in Oberwolfach.
Nach Erreichung der Altersgrenze treten kraft Geſetzes in den Ruheſtand:
der Bauinſpektor Johann Spiegelhalter in Ettenheim und die Straßenoberbaumeiſter Franz Febr in Rengingen und Wilhelm Link in Waldſhut.

Volksschauspiel Oetigheim bei Rastatt (Baden)
Natur- und Freilichtbühne
WILHELM TELL
von Friedrich von Schiller

Aufführung: Alle Sonn- und Feiertage vom 3. Juni bis 7. Oktober einschl. Verfaſſungstag, ausgenommen den Fronleichnamstag, 7. Juni; ferner an jedem erſten Samstag im Juli, August und September.

Gedeckter Zuschauerraum mit 4000 Plätzen — 800 Mitwirkende
Preis der Plätze: 1—6 RM.; außerdem beſonders abgeteilte Logen.
Anfang 2 Uhr nachm. (14 Uhr) Ende 6.15 Uhr abends (18.15 Uhr)

Vorverkaufſtellen: Oetigheim: Theaterkaſſe, Telephon 61 Rastatt.
Karlsruhe: Herdersche Verlagsbuchhandlung, Herrenſtr.; Fritz Müller, Muſikal., Kaiſerſtr. 2, Ankuſtſtelle des Verkehrsvereins Karlsruhe, Kaiſerſtr. 159, Zeitungskiosk beim Hotel Germania, G. Kraus, Buchhandl., Baumeiſterſtr. 4; Zigarronhaus Brunner, Kaiſerallee. 617



Wochenend-Bett

zusammenklappbar, unentbehrlich für Veranden, Gärten, Freiluftbäder uſw. Preis 25 RM. A. Kammerer, Karlsruhe, Erbprinzenſtr. 26. Telefon 4388. S. 789

Die Grundstücksverlegung zwischen Säben- und Graf-Rhena-Straße westlich der Frankensstraße Gemarkung Karlsruhe.

Die vom Stadtrat beantragte Neueinteilung der auf Gemarkung Karlsruhe gelegenen Grundstücke Lagerbuch Nr. 6030, 6036, 6037, 6038, 6039, 6040, 6041, 6823, 6824 und 6825 wird hiermit nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Stadtrat genehmigten und mit entſprechendem dieſſeitigem Vermerk verſehenen Planes vom 8. Februar 1928 auf Grund des § 21 des Ortsſtraßengeſetzes für vollzugsreif erklärt.

Als Zeitpunkt für den Übergang des Eigentums und der Rechte dritter Perſonen wird der 15. August 1928 beſtimmt. R.490
Karlsruhe, den 21. Juli 1928. O.B. 65
Der Miniſter des Innern.

Karlsruhe. R.487 und Luise geb. Meyer. Güterrechtsregiſtereinträge. Vertrag vom 19. Juli 1928. Unter Aufhebung O. 1. In Band II S. 391: des Vertrags vom 20. November 1922 erneut Gü-

heim nach Verordnung v. 20. I. 28, Gef.-u. Verordnungsblatt 85 (B.D.B.). Unterlagen Bezirksbauamt Heidelberg, Zimmer Nr. 2, vom 2. bis 11. August, von 9 bis 12 Uhr. Angebote verſchloſſen, mit entſprechender Aufſchrift versehen, bis Dienstag, den 14. August 1928, vormittags 10 Uhr, an das R.V.B. Heidelberg einzureichen. Zuſchlagsfrei: 4 Wochen. R.489
Bad. Bezirksbauamt Heidelberg.

Umbau des Weiler Wiesewehres.

Das Waſſer- und Straßenbauamt Vörrach vergibt im öffentlichen Wettbewerb nach Maßgabe der Verbindungsbeſtandteile die Arbeiten zum Umbau des Weiler Wiesewehres. Die Arbeiten umfaſſen:
1. Abbruch der alten Mauern und der Einlaßſchleuſe.
2. Ausſhub des Fundaments.
3. Einbauen von rd. 300 cbm Stampfbeton.
4. Herſtellen von rd. 150 cbm Quadermauerwerk mit vorhandenen Steinen.
5. Herſtellen von 75 qm Wöſchungsplafter.
Pläne und Bedingungen können während der üblichen Geſchäftsſtunden auf dem Bauamt eingesehen werden, wo auch die Angebotsformulare gegen eine Gebühr von 1 RM bezogen werden können.
Die Angebote ſind verſchloſſen und portofrei mit der Aufſchrift „Umbau des Weiler Wehres“ bis längſtens Samstag, den 11. August, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. R.493 807

Licht- und Kraftversorgung Wiesloch e.G.m.b.H.

Bilanz für den 31. März 1928.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
An Grundstücke	68 934,53	Per Geſchäftsguthaben	2 300,—
„ Verwaltungsgebäude	104 044,98	„ Aufwertungen	54 133,10
„ Betriebsanlagen	694 022,57	„ Schulden	89 729,04
„ Außenſtände	118 942,78	„ Sicherheiten	13 870,—
„ Barbeſtand	6 434,13	„ Bauzuſchüſſe der Gemeinden u. Abnehmer	82 010,15
„ Sicherheiten	13 871,—	„ Rückſtellungen	50 000,—
„ Warenbeſtände	48 096,43	„ Abſchreibungsſonds	357 878,25
		„ Reſerve- und Erneuerungsſonds	260 000,—
		„ Rückbehalts-, Witwen- und Waifenkaſſe	72 518,68
		„ Reingewinn	71 907,20
	1 054 346,42		1 054 346,42

Gewinn- und Verlustrechnung für den 31. März 1928.

Soll.		Haben.	
	RM		RM
An Betriebsausgaben	718 514,91	Per Gewinnforttrag aus dem Vorjahr	96 735,13
„ Zinſen	16 149,98	„ Betriebseinnahmen	806 705,59
„ Zumeiſung für das Geſchäftsjahr 1927/28 zum:			
1. Rückſtellungsſonto	49 973,50		
2. Abſchreibungsſonds	46 895,13		
„ Reingewinn	71 907,20		
	903 440,72		903 440,72

Mitgliederzahl, Geſchäftsanteile und Gaſtſummen:

	Mitgliederzahl	Geſchäftsanteile	Gaſtſummen
Stand am 1. April 1927	46	2 300 RM	9 200 RM
Zugang	—	—	—
Abgang	—	—	—
Stand am 31. März 1928	46	2 300 RM	9 200 RM

Wiesloch, den 28. Juli 1928.
Der Vorſtand.